

Er scheint  
wöchentlich einmal  
in  
Zürich (Schweiz).  
Verlag  
der  
Verlagsbuchhandlung  
Göttingen-Zürich.  
Postsendungen  
franco gegen franco  
Grosbuchliche Briefe  
nach der Schweiz kosten  
Doppelporto.

# Der Sozialdemokrat

## Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie.

Abonnements  
werden bei allen schweizerischen  
Postämtern, sowie beim Verlag  
und dessen bekannten Agenten  
entgegengenommen, und zwar zum  
voraus zahlbaren  
Wierteljahrespreis von:  
Fr. 3 — für die Schweiz (Streuhand)  
Fr. 3 — für Deutschland (Leipzig)  
Fr. 1.70 für Oesterreich (Leipzig)  
Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des  
Weltpostvereins (Streuhand).

Inserate  
die hergipaltene Zeitzeile  
25 Cts. — 20 Pfg.

№ 48.

Donnerstag, 27. November

1884.

Wort an die Abonnenten und Korrespondenten des „Sozialdemokrat.“

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, bezug verfolgt wird und die dortigen Behörden sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Expeditionen nach dort abzufangen, so ist die äußerste Vorsicht im Postverkehr notwendig und darf keine Rücksichtsmäßigkeit verläßt werden, die Briefmarken über den wahren Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu fälschen. Hauptverpflichtung ist hierzu einerseits, daß unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“ resp. dessen Verlag selbst adressieren, sondern sich möglichst an irgend eine unverdächtige Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch und möglichst unerschöpfliche Postumschließungen mitgebracht werden. In postfachlichen Fällen empfiehlt sich bedenklicher Sicherheit Rücksichtnahme. Soweit es uns liegt werden wir großtätig weder Wähe noch Röhren sparen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

### Parteienossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

### Das allgemeine Wahlrecht und der Emanzipationskampf des Proletariats.

Kaum war die letzte Stichwahl vor sich gegangen, kaum waren die der Nothwendigkeit überhoben, Wahlmagnogie zu treiben, als auch die Herren Nationalliberalen, unter dem Beifall der verschämten und unverschämten Regierungspresse, sofort die Frage des allgemeinen Wahlrechtes aufwarfen, das heißt die Frage erörterten, ob nicht angebracht sei, die mit ihm gemachten Erfahrungen eine mehr oder minder radikale Aenderung desselben zeitgemäß sei.

Wir wußten im Voraus, daß es so kommen werde; was bei- laufig für den, der diese Herren näher kennt, wenig Kombina- tionsgabe erfordert. Schon nach den großen Wahlsiegen unserer Partei im Jahre 1877 stimmten sie dieses Lied an, nachdem noch früher Herr v. Minnigerode bereits den Stab über das allgemeine Wahlrecht gebrochen. Sie hatten denselben, es ist ihnen ein Greuel, und sie würden ihm lieber heute wie morgen den Sarg ausmachen, wenn sie nur die Macht dazu hätten oder auch nur wüßten, was an seine Stelle zu setzen.

Aber da liegt der Hund begraben. Nicht: sollen wir das Wahlrecht abändern, sondern: können wir seine Aenderung durchsetzen, und zwar eine Aenderung, die der Partei Bismarck zu Gute kommt — das ist die Frage.

Ihre Verantwortung ist nun feinstenwegs so leicht, als es auf den ersten Blick scheinen möchte, und dieser Umstand ist auch das Geheimnis, weshalb Bismarck selbst es noch nicht unternommen, das Wahlrecht, welches er nach dem Muster Napoleon's 1866 eingeführt und mit dem er so böse Erfahrungen gemacht, wieder abzuschaffen. Denn daß Bismarck in diesem Punkt mit seinen nationalliberalen Freunden ein Herz und eine Seele ist, steht längst fest, lange bevor die „Norddeutsche“ die Angriffe auf das Wahlrecht als „inhaltslos“ registrierte.

Und Bismarck und seine Freunde, wie überhaupt die Gegner der Sozialdemokratie, haben von ihrem Klassenstandpunkt aus ganz Recht, wenn sie das allgemeine Wahlrecht verwünschen. Was es aber ihnen zuwider macht, macht es uns werth.

Das allgemeine Wahlrecht verlegt den Schwerpunkt des poli- tischen Kampfes in die große Masse — la foule anonyme, die namenlose Menge, wie die Franzosen sagen. Solange und insoweit nun die große Masse keinen ausgesprochenen Willen hat, kein klares politisches Bewußtsein, solange wird es ein vortref- fliches Mittel sein in der Hand der jeweilig Herrschenden, es gegen die oppositionellen Elemente des Bürgerthums auszuspielen, sie durch die Masse in Schach zu halten. Aber von dem Moment an, wo diese Masse einen selbstständigen Willen hat, nicht zeit- weiligen Impulsen, sondern ihrer politischen Erkenntnis gemäß handelt, von dem Moment an hört das allgemeine Wahlrecht auf, eine Waffe in der Hand der Herrschenden zu sein, richtet es seine Spitze vielmehr gegen sie. Aus einem Mittel der Fälschung des Volkswillens wird es ein Hebel zur Sel- tendmachung desselben — soweit man überhaupt vernünftiger- weise vom Volkswillen reden darf.

Bismarck übernahm das allgemeine Wahlrecht aus Frankreich; die Dienste, die es dort dem Monarchismus geleistet, machten es ihm im höchsten Grade sympathisch. Er vergaß aber dabei zweierlei: Erstens, daß er nicht mit dem Wahlrecht auch die französischen Verhältnisse nach Deutschland importiren konnte, und zweitens, daß selbst in Frankreich die Erfahrungen von nur wenigen Wahlen vorlagen, und obendrein Wahlen aus einer Reaktionszeit. Wie aber in der äußeren Politik seine Kunst darin besteht, den Bedürfnissen des Augenblicks rückwärtslos alle weite- ren Erwägungen preiszugeben, so auch in der inneren Politik. Die momentane Wirkung entscheidet für ihn. Er kümmerte sich nicht darum, was das Wahlrecht später einmal für Folgen haben könne, sondern nur darum, ob es ihm zunächst, augenblicklich nützen könne.

Wir wollen hier nicht in die Erörterung der Frage eintreten, inwieweit Bismarck überhaupt bisher beim allgemeinen Wahl- recht seine Rechnung gefunden; soviel ist sicher, daß er nach kurzem Bestande desselben schon als Ergänzung zu ihm Aus- nahmegeetze brauchte.

Das Sozialistengesetz war die Antwort auf die Wahlen von 1877, es war damit aber auch bereits eine Befestigung dafür, daß sich Bismarck über die Tragweite des allgemeinen Wahl- rechtes schwer getäußt hatte.

Auch das Ausnahmegegesetz hat seinen Zweck verfehlt und ebenso verfehlt ihn das neueste Ausnahmestück: die „Sozialreform“. Es ist Bismarck nicht gelungen, den Willen der Arbeiter zu lenken,

es ist ihm nicht gelungen, ihn zu brechen, es ist ihm auch nicht gelungen, ihn zu fälschen.

Roch ist kein Fürst so hoch gefürstet,  
So auserwählt kein ird'licher Mann,  
Daß wenn ein Volk nach Freiheit dürstet,  
Er es mit Freiheit trunken kann!

kann man in dieser Beziehung mit Umland sagen. Seitdem die Arbeiterklasse in Deutschland einen Willen hat, helfen alle Re- gierungskünste nicht, sie von der Geltendmachung desselben abzu- bringen.

Dieser Wille heißt: wirtschaftliche und politische Emanzipation und findet seinen konkreten Ausdruck im Pro- gramm der Sozialdemokratie.

Die Sozialdemokratie zu vernichten, das heißt die sozialistische Arbeiterpartei zu sprengen — das war das Kunststück, um das es sich für Bismarck und Konsorten handelte. Von dem Moment an, wo eine sozialdemokratische Partei nicht mehr existierte, die Arbeiterklasse nicht mehr unter einem einheitlichen Banner kämpfte, von dem Augenblick an hätte die Regierungspartei ge- wonnenes Spiel. Sie würde der Verlegenheit überhoben sein, über die Abänderung des Wahlrechtes zu berathschlagen.

An der Wuth unserer Feinde aber sehen wir, wie Recht wir hatten, auf den Gebrauch des Wahlrechtes nicht zu verzichten, den Arbeitern die Ausübung desselben zur heiligen Pflicht zu machen.

In der That, der Erfolg hat uns Recht gegeben. Nicht nur die Zahl unserer Abgeordneten, nicht nur die Zahl der von uns erlangten Stimmen bezeichnet die Größe unseres Sieges. Er beruht in der außerordentlichen Kräftigung des Einflusses der Arbeiterklasse überhaupt.

Wenn keine anderen Thatsachen dafür sprächen, dann zeugte für denselben die siederhafte Eile, mit der die verschiedenen nicht- sozialistischen Parteien beflissen sind, arbeiterfreundliche Anträge im Reichstage einzubringen, und die gar seltsam kontrastirt mit der Ruhe der sozialdemokratischen Abgeordneten.

Sind diese etwa nicht der Ansicht, daß den Arbeitern schnell geholfen werden muß, meinen diese etwa, daß die Arbeiter warten können? O gewiß nicht, sie wissen aber, wie wenig diese Art Eile fruchtet, sie wissen, daß diese Eile nur den Zweck hat, die Arbeiterfreundlichkeit der Herren Antragsteller in ein gutes Licht zu stellen. Unsere Genossen im Reichstag haben aber nicht ihre Arbeiterfreundlichkeit zu beweisen, sondern die Interessen der Arbeiter zu wahren.

Unsere Gegner fühlen sich durch die ihnen auferlegte Rücksicht- nahme auf die Arbeiter gedrückt, unsere Abgeordneten durch die ihnen auferlegten Pflichten gehoben.

Und je mehr die deutschen Arbeiter das Wahlrecht benutzen lernen, um so schwerer wird ihre Stimme, die Stimme ihrer Vertreter in's Gewicht fallen. Es ist wahrlich keine Kleinigkeit, daß die Zahl der Wahlkreise immer größer wird, wo die klassen- bewußten Arbeiter das entscheidende Wort sprechen.

Freilich, das Wahlrecht kann nicht Alles. Es kann die end- liche Befreiung der Arbeiterklasse nur vorbereiten, nicht sie durch- setzen. Dazu bedarf es anderer Faktoren. Man kann im gün- stigsten Falle mittelst desselben wirtschaftliche Reformen erzwingen, welche die sonst vollständige Verelendung des Volkes hindern, aber die volle Emanzipation des Proletariats wird schwerlich auf dem Boden des heutigen Parlamentarismus erstritten werden.

Dessen sind wir uns wohl bewußt, und wenn wir trotzdem an der Ausübung des Wahlrechtes festhalten, so geschieht dies in der Erkenntnis, daß es erstens überhaupt keine Form des politischen Kampfes gibt, die nicht auch ihre Unzulänglichkeiten, ihre Mängel hätte, und daß zweitens die Benutzung des allge- meinen Wahlrechtes, weit entfernt, der Energie und Thatskraft der Arbeiterklasse Abbruch zu thun, sie vielmehr entwickelt und kräftigt. Den Wahlkampf verachten, weil bei ihm nicht Blut fließt, heißt im Blutvergießen die Revolution erblicken, heißt den Messerhelden der großen Städte über den um seine und seiner Klassengenossen Emanzipation kämpfenden Proletarier stellen.

Der Kampf auf der Barrikade, mit Dynamit ic. ist entweder ein Verzweiflungskampf oder Ba-banque-Spielen. Nun, der Wuth des Verzweifels oder gar des Ba-banque-Spielers steht für uns nicht höher als der Wuth, den Tausende und Abertausende deutscher Wähler in ihren Wahlkämpfen an den Tag gelegt. Dem Feind in's Gesicht zu sehen, heißt oft mehr, als dem Tod, der allem Feind ein Ende macht, in's Auge zu schauen.

Der politische Kampf der Arbeiterklasse wird gerade in seiner ertieherischen Wirkung am tiefsten unterschätzt. Es ist wahrlich nicht sehr schmeichelhaft für das Proletariat, wenn man ihm sagt, daß es das „stets betrogene“ sei. Je politischer geschult es ist, um so weniger wird es, wie der heutige Wahlkampf gezeigt, das „betrogene“ sein, um so geringer ist die Gefahr, daß es sich von Demagogen irgendwelcher Art irreführen läßt, um so gerin- ger auch die Gefahr, daß es ein Opfer jenes stupiden Miß- trauens wird, das in seiner Folge jede größere zielbewußte Aktion lähmt. Je geschult das Proletariat ist, um so fester wird es gegen alle Angriffe und Verlockungen gewappnet sein — ein

wahrer Fels von Erz, an dem alle Mäander seiner Feinde abprallen.

Daran hat Bismarck nicht gedacht, als er das Wahlrecht ein- führte, er, der das Volk nicht minder verachtet, es nicht min- der als eine willenlose Herde betrachtet wie der erste beste An- archist. Oder kann man schlechter von der Arbeiterklasse denken, als wenn man ihr zumüthet, sich durch ein schuftiges Ausnahme- gesetz händigen, sich durch eine lächerliche Konzession, auf welche man die Etikette „Sozialreform“ klebt, kaufen zu lassen?

O nein, Durchlaucht, für solche Mäander sind wir heute zu weit!

Bismarck hat sich in der Beurtheilung des allgemeinen Wahl- rechtes gründlich verrechnet und hat das auch eingesehen. Nicht an seinem Willen, es zu ändern, fehlt es, sondern an der passenden Gelegenheit, an der Einigkeit der bei der Aufhe- bung mitentscheidenden Faktoren über das Was dann?

Abgesehen von seinen nationalliberalen und konservativen Mameluken wird ihm keine Partei dabei Handlangerdienste leisten. So wenig sie sammt und sonders das allgemeine Wahlrecht lieben, so mögen sie doch nicht gerne die Verantwortung für seine Befestigung tragen, zumal eine Aenderung, die nicht Bismarck's Chancen bei den Wahlen verbessert, d. h. die nichtbismarckischen Parteien schwächt, wenig Aussicht hätte. Nähme Bismarck das Wahlrecht mit Gewalt, etwa auf dem Wege der Verordnung, dann würden sie sich eher darein finden: „Der Herr hat's ge- geben, der Herr hat's genommen, der Name des Herrn sei gelobt!“

Aber soweit sind wir noch nicht. Und darum machen die Ausbrüche der Wuth über das böse, böse Wahlrecht, das zu den „allerstärksten Bedenken Anlaß gibt“, auf uns nur einen erweiternden Eindruck. Schimpft, soviel als ihr könnt, auf das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht mit der „unmoralischen“ geheimen Stimmabgabe, wir werden uns dadurch nicht abbringen lassen, es nach besten Kräften für die Sache des arbeitenden Volkes auszunutzen.

Uebrigens, wenn nicht alle Anzeichen trügen, dürft ihr euch in nicht allzuferner Zeit vor ganz andere Aufgaben gestellt sehen. Die Arbeitsverhältnisse gestalten sich immer trüber, von allen Seiten her lauten die Berichte: Stodung, Arbeitslosigkeit, Lohn- reduktion. Ueberall gährt es unter den Arbeitern, die Vorgänge in Paris und Lyon sind Symptome einer Stimmung, die auch anderwärts vorhanden ist. Die Unzufriedenheit mit der von den Regierungen beliebten Art, die soziale Frage zu lösen, wächst. Und wenn sich die deutschen Arbeiter auch bewußt sind, was das allgemeine Wahlrecht ihnen für Dienste leisten kann, so wissen sie auch sehr gut, was es nicht kann.

Die 600,000 sozialistischen Stimmen sprechen eine sehr deut- liche Sprache; wenn sie aber nicht verstanden wird, wenn Noth und Elend zunehmen, wenn Tausende und Abertausende sich vor die Aussicht gestellt sehen, buchstäblich zu verhungern, wo die Magazine überfüllt sind von den Produkten ihrer Arbeit, dann werden diese sich nicht mit der Stimmabgabe begnügen, sondern ihren Wünschen, ihren Forderungen in anderer, eindring- licherer Form Gehör zu verschaffen suchen.

Das mögen sich doch die großen und kleinen Sozialreformer nicht einbilden, daß man mit Krankenkassen und Koloniegren- zungen die Schäden der kapitalistischen Produktionsweise beseitigen, daß man den Keim des Uebels hinwegschwindeln kann.

Pfuscht und verkleistert, soviel als ihr könnt, es bleibt drum doch der Tag nicht aus, da eure Kunst versagt, da eure Herr- lichkeit zusammenbricht!

### Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 26. November 1884.

— Vom Reichstage. Aus Berlin, vom 21. November, wird uns geschrieben: Auf gestern Abend 5 Uhr war die sozialdemokratische Fraktion zu ihrer ersten Sitzung in dieser Session berufen. Nachdem die Konstituierung erfolgt war und die neuen Mitglieder in einigen Haupt- punkten mit der bisherigen Fraktionspraxis bekannt gemacht worden waren, einigte man sich zunächst über verschiedene brennende Fragen. So wurde unter Anderem beschlossen, daß Bloß für Braun schweig annehmen, und folglich in Oeiz eine Neuwahl stattzufinden hat. Den Greiser Genossen sind zwei passende Kandidaten vorgeschlagen, womit natürlich der freien Entscheidung der dortigen Genossen nicht vorgegriffen sein soll. Die Verhandlung der Frage, ob Hafencleaver für Berlin oder für Breslau annehmen hat, wurde auf heute Abend ver- schoben, weil es nöthig ist, Information einzuholen. Formell wäre laut dem Kopenhagener Kongreßbeschuß das Zentral-Bahkomitee beauftragt gewesen, diese Frage zu entscheiden, dasselbe geht aber von dem Grund- satze aus, daß im Falle die Fraktion veranlagt ist, wichtigere Fragen von dieser, als der den Willen der Wähler vollständiger vertretenden Körperschaft, zu entscheiden sind.

Die Sitzung wurde auf heute Vormittag vertagt, und ist, nach einer Unterbrechung von vier Stunden, heute Abend 6 Uhr wieder aufge- nommen worden.

Man beschäftigte sich mit der Frage, ob und in wie weit die sozial- demokratische Fraktion durch ihr numerisches Anwachsen zu einer ver- änderten Taktik genöthigt oder verpflichtet sei. Alle Redner waren darin einig, daß von einer wesentlichen Aenderung nicht die Rede sein

Könne, daß unsere Tätigkeit nach wie vor vorwiegend eine propa- gandistisch-agitatorische zu sein habe, daß aber die Vermeh- rung unserer Zahl insofern der Reaktion vermehrte Widerstände auferlege, als diese den vermehrten Kräften entsprechend auch eine vermehrte Tätigkeit zu entwickeln habe.

Mit 24 Mitgliedern hat unsere Fraktion, nach parlamentarischem Brauch, das Recht, zu allen Kommissionen je ein oder zwei Mitglieder zu wählen. Einstimmigkeit herrschte darüber, daß wir uns an den Arbeiten der Wahlprüfungs- und der Petitionen-Kommission zu be- teiligen haben. Gehört waren die Meinungen in Bezug auf den so- genannten Seniors-Konvent, der bekanntlich keine offizielle Körperschaft ist, trotzdem jedoch hinter den Kulisken die Geschäfte des Reichstags leitet. Die Majorität entschied sich für Beteiligung, und es wurde Hasenclever zum Vertreter der Fraktion, Auer zu seinem Stellvertreter ernannt. Die Beteiligung an der Budget- Kommission wurde dagegen abgelehnt — man sagte sich, daß, bei der prinzipiell negierenden Haltung, die wir dem Gesamtetat gegenüber einnehmen, unsere Teilnahme an dieser Kommission keinen Sinn hat, und daß praktischer Nutzen nicht zu erhoffen ist. Für Teilnahme an der Geschäftsordnungs-Kommission sprach die Mehrheit sich aus.

Nachdem man der bisherigen Fraktionsregel, daß kein Mitglied auf eigene Hand Anträge einzubringen habe, und daß bei allen wichtigen Debatten die Redner von der Fraktion zu bestimmen, und die prinzipiell wichtigen Neben ihrem Hauptinhalte nach vorher der Fraktion mitzuteilen seien — nachdem man diese Bestimmung ohne Debatte erneuert hatte, wurde die sofortige Einbringung eines „Nothgesetzes“ beschloffen, welches die Frist zur Genehmigung der Krankenkassenstatuten vom 1. Dezember d. J. (wie das Krankengesetz es erheischt) bis zum 1. April des folgenden Jahres hinauschiebt, und die Reichs- regierung zum Entwurf von Normalstatuten für die freien Hilfsklassen auffordert. Ein solches Gesetz ist dringend notwendig, wenn nicht die Mitglieder zahlreicher freier Krankenkassen in die polizeilichen Zwangs- klassen eingesperrt werden sollen, aus denen sie dann später sehr schwer herauskommen können.

Darauf trat die Fraktion in die Prüfung der durch die Doppel- wahl Hasenclever's geschaffene Situation ein. Ohne zu ver- stehen, daß Breslau in vier Wahlen unter sehr schwierigen Um- ständen sich außerordentlich fest erwiesen hat, und, seit es in unserer Besitz, nie wieder verloren gegangen ist, während Berlin im Jahr 1878 unter der Herrschaft des tollen Polizeiterrorismus verloren ging, so konnte die Fraktion sich doch bei reiflicher Prüfung des Für und Wider der Ueberzeugung nicht verschließen, daß Berlin, wo an eine Koalition der Gegner nicht zu denken ist, und die Partei selbst fest- steht, besser, d. h. mit weniger Risiko und mehr Vorteil für die Partei, einer Neuwahl unterworfen werden kann, als Breslau. Die Berliner Genossen werden das Vertrauen, welches die Partei in sie setzt, sicherlich nicht zu Schanden machen.

Außerdem wurde noch beschloffen, den schon zweimal in den Papier- korb des Hauses gewanderten Antrag Liebknecht-Bollmar, betreffend der hiesiger Verfassungen (nach dem Kopenhagener Kongress) wieder einzu- bringen.

In Bezug auf weitere Initiativ-Anträge wird nächste Woche entschieden werden.

In Berlin tagt augenblicklich die Kongo-Konferenz, welche den Zweck hat, allen Nationen die Teilnahme an dem großen Werk zu ermöglichen, die „Zivilisation“ in das Innere des Kongo- Gebiets zu tragen, mit andern Worten: den Kapitalisten aller Nationen die Ausbeutung und Verschwendung der Kongoregion freizugeben. Dar- auf läuft de facto die hochgepriesene Zivilisation, welche die europäischen Kaufleute nach Afrika bringen, hinaus. Daß die Arbeiterklasse mit dieser Art Kolonisation nichts zu thun hat, wird nicht einmal von ihren Berechnern behauptet. Es handelt sich darum, dem Kapital lohnende Auswanderungsgelegenheit zu verschaffen. Allerdings wird auch die Produktion der Waren, welche man den Negern anhaufft, etwas ver- mehrt, und man könnte darin vielleicht einen Vorteil für die europäischen Arbeiter finden wollen, aber einmal betrifft dieser gesteigerte Bedarf nur wenige Branchen, und zweitens, da alle Nationen an den „Segnungen“ der Erschließung des Kongo teilnehmen sollen, auch diese nur vorüber- gehend. Diese ganze Abschlagoperation ist unter den heutigen Verhält- nissen kaum ein Tropfen auf einen heißen Stein. Die ganze Kolonial- frage ist eine Bourgeoisfrage, und daher auch die Begeisterung der Bourgeois allerorts für dieselbe. Die Arbeiter haben keine Ursache, in dieses Jubelgeschrei einzustimmen.

— Monarchisches. Das feudalkonervative „Deutsche Tageblatt“ erzählt seinen Lesern folgende Geschichte von der letzten Hofjagd.

„Als der Landrath von Haffelbach, welcher zum ersten Male in Leg- lingen war, dem Kaiser vorgestellt wurde, bemerkte der ihn vorstellende Oberpräsident von Wolf, daß Landrath v. H. aus der Stichwahl im Kreise Wolmirstedt als Sieger gegen v. Jordanbeck hervorgegangen sei. Der Kaiser äußerte: „Das freut mich sehr,“ und fügte scherzhaft hinzu: „Wo haben Sie das Wählen gelernt?“ Haffel-

\*) Der Seniors-Konvent vereinbart z. B. die spezielle Art der Zu- sammensetzung jeder vom Plenum des Reichstages beschlossenen Kom- mission. Da die Wahlen zu den Kommissionen in den Abteilungen vorgenommen, diese selbst aber durch Auslosung gebildet werden, so soll diese vorherige Berechnung Garantie geben, daß die Parteien in der ihnen gebührenden Stärke in den Kommissionen vertreten werden.  
Ann. der Red.

bach: „Majestät, in Döpreußen.“ Der Kaiser: „Fah- ren Sie nur so fort.“ Daraus ließ der Kaiser nach Berlin tele- graphieren und ein in Folge dieses Telegramms eingetroffener Kolter- Kadetorden wurde dem Landrath noch vor der Abfahrt vom dem Kaiser eigenhändig überreicht.

Wenn diese Geschichte von der Jagd keine Jagdgeschichte ist, so ist sie vortrefflich geeignet, Propaganda zu machen für — republikanische Einrichtungen. Nach ihr ist nämlich der „erhabene“ Kaiser, wenn er nicht schon vollkommen unzurechnungsfähig ist — was für die Monarchie beiläufig noch kompromittirender — ein ganz gewöhnlicher Parteijäger, um kein Haar besser als irgend ein beliebiger Blaine. „Wo haben Sie das Wählen gelernt?“ kann in diesem Zusammenhang doch nur heißen: Wo haben Sie das Wählenfabrizieren gelernt? Und dafür ist Döpreußen allerdings eine gute Schule.

Uebrigens sollen unsere deutschen Wähler nicht so erhaben thun gegenüber Amerika. Der Dumbog wird ihnen ebenso geübt wie drüben; nur trägt er in Deutschland, weil er sich auf durch Alter, „erwürgte“ Einrichtungen stützt, ein biedermeierliches Geßicht. Er ist aber darum nicht schöner. Von Blaine, dem durchgefallenen republikanischen Präsidentschaftskandidaten, konnten seine Anhänger wenigstens singen:

Blaine, Blaine, James G. Blaine,  
The man with the big, big brain!  
(Der Mann mit dem großen, großen Hirn.)

Man reise aber dem Jhal des deutschen Großhändlers den sittlich-religiösen Bettelemantel ab, und was bleibt übrig?!

— Rügen Hirsch hat es sich wieder einmal nicht versagen können, die englischen Gewerkschaften gegen die deutsche Sozialdemokratie als leuchtendes Muster praktischer Wirksamkeit für die Arbeiterinteressen auszuspielen. Wir verpöhlen keine Lust, sein oft widerlegtes Geschrei mit tausendsten Male zu wiederlegen, sondern wollen ihm zu seiner Be- ruhigung nur mittheilen, daß gerade in der letzten Sitzung des Londoner Gewerkschaftsrathes (Trades Council) eine lebhafteste Unzufriedenheit mit der seit her besetzten Politik zum Ausdruck kam. So sagte, nach dem Bericht der gewerkschaftsfreundlichen „Weekly Dispatch“, der Delegierte Smyth vom Verein der Steinseher, „er sei der Ansicht, daß der Gewerkschaftsrath von Aberdeen so gut wie nichts gethan habe.“ Das parlamentarische Komitee und besonders sein Sekretär Herr Broadhurst thaten nur, was den Herren Liberalen genehm sei. Sehr äbel wurde die herablassende Rede des Lord Rosebery auf dem Kongress ver- merkt. Die Delegierten Poole (Damen Schuhmacher) und King (Buch- binder) meinten, sie richteten ohne so vornehme Gönner mehr aus. Freale (Schuhmacher) war der gleichen Meinung. Direkte Vertretung der Arbeiterklasse sei eine Lebensfrage. Auch die Frage der Staatshilfe wurde von verschiedenen Gesichtspunkten aus erörtert, und die Dis- kussion ergab, daß ohne Eingreifen und Hilfe des Staates den Arbeitern nicht geholfen werden könne. Das heißt, der „Staat“ sollte unter die Kontrolle der wirklichen Produzenten aller Güter gestellt werden, die ihn allein im Interesse der Gesamtheit lenken würden.

Die Londoner „Justice“, der wir diese Mittheilungen entnehmen, be- merkt dazu:

„Es ist höchst erfreulich, dieses Anwachsen des Unabhängigkeitssinnes unter den Vertretern der Gewerkschaften zu sehen.“ Die bisherigen Leiter haben die „Machtmacht“ so trefflich geführt, daß die Zahl der auf den Kongress vertretenen Mitglieder von 1,200,000 im Jahre 1872 auf 500,000 im Jahre 1884 gesunken ist. „Die Trades Unions“ sind die Aristokratie unter der Arbeiterklasse, aber ihr wahres Interesse sollte sie dahin führen, gemeinsame Sache mit der gesammten Arbeiterklasse zu machen zur Bildung einer von allen Bour- geoisparteien unabhängigen Arbeiterpartei. Die Verbindungen mit poli- tischen Parteien seitens ihrer Führer haben den Gewerkschaften keinen Nutzen gebracht, denn sie haben unzulässig die Sache der Arbeiter in Großbritannien heruntergedrückt.“

Was sagen Sie dazu, Herr Hirsch? Das klingt ja ganz sozial- demokratisch. Und je mehr die Geschäftskrisis um sich greift, um so sonderbarere Erfahrungen werden Sie mit Ihren englischen Gewerk- vereinen noch erleben.

— Ecco homo! Im Baseler „Volkstfreund“, einem liberalen Blatte, lesen wir folgende simple „Notiz“:

„In Straßburg wollte eine am „Hohen Steg“ wohnende Dame am Donnerstag Abend in ihren unverschlossenen großen Keller gehen, um etwas aus demselben in ihre Wohnung zu holen. Als sie den Keller betrat, glaubte sie ein eigenthümliches Stöhnen zu hören, sie verließ den- selben, schloß ihn ab und ließ die Polizei holen. Die Polizei kam mit Laternen. In der Ecke des Kellers standen mehrere größere Kisten. In jeder derselben lag ein schlafender Mensch, und so auch in der Ecke zwischen den Kisten. In einer der Kisten bemerkte man sogar zwei Knaben im Alter von 7 und 10 Jahren fest anein- ander geschmiegt und mit gekrümmten Beinen schlafend liegen. Alle hatten sich mit mehr oder weniger großen Packeinwand zuge- deckt. Ein sonderbares aber trauriges Bild. Bei dem Lichtschein er- wachte der eine Knabe, und als er in dem Scheine des Lichtes die dum- kelnde Fiedelhaube des Schuhmannes erblickte, hub er ein jämmerliches Geschrei an, so daß sämtliche Schläfer erwachten. Es waren 6 Bur- schen im Alter von 7 bis 17 Jahren. Nach dem Grunde ihres Ver- weilens in dem Keller befragt, gaben sie an, daß sie obdach- und arbeitslos seien und daß sie in dem Keller haben übernachten wollen. Die beiden großen Burchen, der eine im Alter von 16, der andere im Alter von 17 Jahren, bemerkten noch zu dem Schuhmann und zu den im Keller anwesenden Hausbewohnern: „Siedt uns Arbeit, dann brauchen wir nicht in Kellern zu schlafen.“ Hierher geblickt, ihr hohen Herrschaften, ihr großen und weisen „Sozial-

Gebieten des Erwerbslebens nicht allein beibehalten, sondern sogar noch erweitern wollen, daß sie aber die andere Seite der „kapitalistischen Pro- duktion“, die nämlich, daß der ganze Gewinn nur Einzelnen zufalle, abschaffen wollen. Können Sie mir nun ein klares, leicht verständ- liches Bild davon geben, wie die Sozialisten sich die Sache denken?

Sozialist: Ich hoffe, ich kann das ohne große Schwierigkeiten, und wenn Sie mir aufrichtig folgen wollen, so sollen Sie bald darüber klar werden, was wir wollen, und ich hoffe, Sie werden dann auch zugestehen müssen, daß dieses „Was wir wollen“ in seiner Bewirklich- ung der Menschheit zum Segen gereichen würde, daß es vernünftig, gerecht, zweckmäßig und erreichbar ist.

Reporter: Das ist allerdings Alles, was man verlangen kann.

Sozialist: Und da muß ich Sie zunächst bitten, — da wir uns nicht in den Wollen bewegen, sondern uns recht hübsch an die that- sächlichen Verhältnisse halten wollen, welche die Mutter Erde uns bietet — sich mit den folgenden Zahlen des 1880er Zensus vertraut zu machen. Wie Sie wissen, gibt der Zensus u. A. ein genaues Bild der verschie- denen Industrien, der darin angelegten Kapitalien, der Arbeitskräfte, der Gewinne u. s. w. Nun wohl! Nehmen wir daraus, wie schon vor- hin gethan, die erste vom Zensus angeführte Fabrikation, die der land- wirtschaftlichen Arbeitsmittel und Werkzeuge aller Art (agricultural implements). Nach dem Zensus gab es in dieser Arbeitsbranche 1943 Etablissements, in welchen ein Kapital von etwas über 82 Millionen Dollars steckte. Beschäftigt wurden in sämtlichen Etablissements zusam- mengerechnet 38,313 männliche Arbeiter, 73 weibliche und 1194 Kin- der unter 16 Jahren. Die im Laufe des Jahres ausgezahlten Löhne betrugen Doll. 13,359,160 und der Kostenpreis des verarbeiteten Mate- rials betrug Doll. 31,531,170. Der Gesamtwert der produzierten Waaren betrug Doll. 68,640,486. Daraus ergibt sich — Sie können das leicht auf dem Papier nachrechnen —, daß die Arbeiter pro Kopf jährlich Doll. 388,25 Arbeitslohn erhalten, während die Prinzipale (Vosse) nach Zahlung aller Arbeitslöhne, nach Anlauf allen Materials und nach Abzug von 5 Prozent als Abnutzung für das in den Fabri- ken, Maschinen, Grund und Boden u. s. w. stehende Kapital noch Doll. 18,649,706 produzierten Wertes in ihre Tasche stecken. Oder aber: An jedem Arbeiter, dem sie pro Jahr Doll. 388,25 Arbeitslohn bezahlen, verdienen sie in runder Summe Doll. 470,00. Das ist ein noch etwas schlechteres Verhältnis, als der Zensus als Durchschnittsverhältnis bei den Industrien angibt, wonach nämlich die Kapitalisten für jeden Doll. 1,00 Arbeitslohn, den sie im Jahre 1880 auszahlten, Doll. 1,08 als produzierten Mehrwerth in die eigene Tasche stecken.

Reporter: Und glauben Sie, daß diese Zahlen korrekt sind?

Sozialist: Sie stimmen im Allgemeinen mit den Statistiken, die einzelne Städte und Staaten aufgenommen haben, überein. Wenn sie

reformer! Hier ist ein Bild, aus dem Leben gegriffen, das Euch zeigt, wo eine Sozialreform am nötigsten ist, hier steht Ihr ein Elend, das mit Eurer Sozialreform nicht aus der Welt geschafft wird. Trübt die Arbeitslosen mit der Krankenversicherung, trübt die Obdachlosen mit der Unfallversicherung, trübt die Kinder der Armut mit der Alters- versicherung, — wenn Ihr den Muth dazu habt!

Mit pharisäischem Entsetzen spricht der deutsche Philister von dem Elend in London, der großen Millionenstadt. Spare Deinen schönen Jora- Hiebemann, für das Elend im eigenen Lande! Sieh her, nach Stras- burg, der wiedergewonnenen Reichsstadt, wo sie noch jüngst die neuen Universitätsgebäude mit glänzenden Festen einweihten, und dabei in pompatischen Reden die Herrlichkeit des wiederhergestellten deutschen Reiches priesen, hier ist Deine Entrüstung am Plage. Und glaube nicht, daß dieser eine Fall, daß Straßburg eine Ausnahme ist in Deutsch- land. Hier ist nur wieder einmal durch Zufall zur Kenntniß gekom- men, was allorts besteht, aber, so lange es nicht das allgemeine Aufseht- erregt, geistlich ignoriert wird. Scheut doch gerade das tiefste Elend die Deffentlichkeit; es hält sich, wo es kann, in der Verborgenheit.

„In elenden Höhlen versumpend wir großen,  
Was wissen wir, ob die Welt ist schön!“

Wir müssen uns schen'n, unserer Brat uns zu freu'n,  
Sie wird, gleich uns, ja zu Grunde geh'n“ —

singt darum der Dichter des ergehenden „Schrei der Plage“.

Die Proletarier davor zu ergreifen, daß es mit ihnen dahin kommt, das vermag nicht die kaiserlich-königlich privilegierte „Sozialreform“, son- dern nur die Beseitigung des heutigen Ausbeutungssystems, wie sie die Sozialdemokratie anstrebt.

— Unsere Reserven. Wir haben das lebenswichtige Verfahren der „Frankfurter Zeitung“, den bei Stichwahlen für un- sere Kandidaten erzielten Zuwachs auf Konto irgend einer reaktionären Gegenpartei zu schreiben, bereits gekennzeichnet, heute liegt uns wiederum ein Beispiel dafür vor, wie abgemacht solche Rechnung ist.

Im 22sten sächsischen Wahlkreise hat bekanntlich Genosse Kapser bei der Stichwahl einen Zuwachs von über 4000 Stimmen gehabt. Das war nach der braven Frankfurterin nur dadurch möglich, daß — man höre! — die Konservativen in der Stichwahl für Kapser gegen den Nationalliberalen stimmten. Thatächlich liegt die Sache jedoch so, daß in der Hauptwahl unsererseits in jenem Kreise nur sehr wenig, bei der Stichwahl aber um so rühriger agitiert wurde.

„So hatte“, schreibt man dem „Sächsischen Wochenblatt“, „bei der ersten Wahl Richhammer, der Nationalliberal, in Wplau und Nikau die Majorität, während bei der Stichwahl, wo einige hundert Wähler in diesen Orten mehr stimmten, wir die Majorität mit mehreren hundert Stimmen erhielten. In es gibt Orte, wie Kirchberg, das Hauptquartier der Nationalliberalen, wo die Stimmen für Richhammer um ca. 180 abgenommen und die Kapser'schen um so viel zugenommen haben! 3000 Konservativen haben für Richhammer gestimmt, doch konnte das gegen den Aufschwung, des hier mit einem Male die Arbeiterpartei nahm, nicht in's Gewicht fallen.“ Infolge der eifrigen Tätigkeit unserer Genossen, insbesondere Bedel's, stieg die Wahlbetheiligung von 12,000 bei der Hauptwahl auf über 17,000 in der Stichwahl, und diese 5000 ausgerüsteten Wähler ent- schieden den Sieg.

So steht's, liebe Frankfurterin. Wir haben immer noch Reserven, das können Sie sich ein für allemal merken. Denn die Hunderttausende, die Millionen von Arbeitern, Handwerkern, Bauern etc., die heute noch ihr Klasseninteresse verkennen und in Indifferenz dahinleben oder gar für unsere Gegner stimmen, das sind die Reserven der Sozial- demokratie!

— Noch einige Wahlziffern. Im Wahlkreise Erfurt- Schleusingen, Ziegenrüd, der im verfloffenen Reichstag durch einen Deutschfreisinnigen vertreten war (früher allerdings immer natio- nalistisch gewählt harte), erhielten diesmal Stimmen:

Dekononierath Robbe (reaktionärer Reichsmaß)	7960
Dr. Windthorst (ultramontan)	642
Dr. Witte (deutschfreisinnig)	3275
Hasenclever (Sozialdemokrat)	3366

Man sieht, es fehlte nur wenig, und wir hätten es zur Stichwahl gebracht. Gegen 1881 haben die Deutschfreisinnigen 3551 Stimmen ver- loren, die Sozialdemokraten 2131 Stimmen gewonnen. Selbst die höchste Stimmenzahl, die wir in früheren Jahren in diesem Wahl- kreise erzielt hatten (nämlich 2838 im Jahre 1877), bleibt hinter der dies- maligen noch um 528 zurück.

Deshalb Glück auf! — Interessant sind folgende Zahlen aus Magdeburg. In der Stich- wahl erhielt unser Kandidat Heine in den drei Arbeitervorstädten folgende Majoritäten:

	Heine	Büchtemann
Eudenburg	1157	489
Neuhadt-Magdeburg	2976	1187
Budau	1917	622
Summa:	6050	2298

Was wollen da die 600 Stimmen Majorität sagen, die Büchtemann in der inneren Stadt erhalten? Wo die Arbeiter-Bataillone so geschloffen antreten, da gibt's keinen Widerstand.

Unsern ganz speziellen Dank aber Herrn Polizeikommissar Krieter- Sein Verdienst um unseren Wahlsieg soll ihm unergessen bleiben.

— Wie unsere Gegner kämpfen. Aus Bergeborf bei Hamburg erhalten wir von dortigen Arbeitern nachstehende Mittheil-

aber nicht korrekt sind, so sind sie es höchstens zu Ungunsten der Ar- beiter und zu Gunsten der Kapitalisten. Die letzteren nämlich, nach deren Angaben im Wesentlichen diese Statistiken zusammenge- setzt sind, haben nämlich wahrscheinlich, wie dies in der Natur der Sache liegt, und wie Sie bei allen Angaben der Kap- talisten, welche für Steuerzwecke gemacht werden, sehen können, ihre Gewinne, resp. ihr Vermögen zu gering und die Summe der gezahlten Löhne zu hoch angeschlagen. Wir würden also annehmen können, daß der Zensus die Lage der Fabrikanten noch zu ungünstig und die der Lohnarbeiter zu günstig ausfallt.

„Ich muß Sie nun bitten, die folgenden Ausführungen mit Auf- merksamkeit anzuhören.“

Reporter: Ich werde mich bemühen, das zu thun.

Sozialist: Denken Sie sich also — und in den Vereinigten Staaten, wo die Konzentration des Kapitals und der Fabrikation in verhältnismäßig wenig Händen riesenhafte Fortschritte macht, ist es nicht schwer, sich eine solche Vorstellung zu machen —, denken Sie sich also, daß einer der 1943 Fabrikanten landwirtschaftlicher Werkzeuge, (sagen wir der größte und reichste, allmählig die ganze Fabrikation dieser Branche an sich zog. Eine Anzahl von Fabrikanten wurde er erworben, andere wurde er durch seine übermächtige Konkurrenz erdrückt, kurz nach eines gewissen Zeitdauer würde er der alleinige Fabrikant von „agricultural implemets“ in den Vereinigten Staaten und durch einen hohen Schutz- zoll gegen jede Konkurrenz seitens des Auslandes geschützt sein. Würde er nicht nunmehr bei seiner Fabrikation im großen Vorteil sein gegen über den 1943 heute existirenden Fabrikanten?

Reporter: Ganz enorm.

Sozialist: Natürlich. Da er keine Konkurrenz hat, kann er genau nach Bedarf arbeiten lassen. Da er in den ganzen Vereinigten Staaten einlaufenden Aufträge sich in seinem Hauptkomptoir konzentriren, so weiß er ganz genau, was der Markt braucht. Es entfällt also keine Ueberproduktion, die heute bei den 1943 Fabrikanten, welche nur den Bedarf ihres kleinen Kundenkreises kennen, fast stets vorhanden und die Ursache so vieler Bankrotte und der Vergeudung kostbarer Arbeits- kraft ist. Das ist der Hauptvorteil, aber noch lange nicht der einzige. Er kann seine Fabriken hinlegen, wo sie im Anschluß an das Holz- material am praktischsten und billigsten arbeiten, er kann die Arbeitstheilung, d. h. die durch Maschinen auf's Vortheil- hafte betriebene Herstellung der einzelnen Theile, auf's Neue fest- stellen; was immer er zu kaufen genöthigt ist, kauft er im größten Maßstabe, also am billigsten; die Allgemeinstufen der Veräußerlich- ung u. s. w. vereinfachen sich sehr gegenüber denjenigen der 1943 heute bestehenden Fabriken; er könnte auch die unsinnig hohen Ausgaben, die heute für Reklamen u. s. w. nötig sind, ersparen; mit einem

## Feuilleton.

### Ein kleines Rechenexempel.

„Reporter und Sozialist. Ein Gespräch über Ziele des Sozialismus.“ Dies ist der Titel einer Agitations- broschüre, welche Alexander Jonas, Chefredakteur der „New- Yorker Volkszeitung“, auf Wunsch des National-Exekutiv-Komitees der Sozialistischen Arbeiterpartei von Nordamerika geschrieben hat, und die nunmehr im Verlage des Letzteren erschienen ist. Wir waren bisher der Ansicht, daß Abhandlungen in Gesprächsform zur Agitation nicht beson- ders geeignet seien, die vorliegende Broschüre aber hat uns eines Andern belehrt. Wir gestehen offen, daß uns in unserer ganzen Parteiliteratur wenig Schriften bekannt sind, die in so populärer Form den Leser systematisch mit der sozialistischen Lehre bekannt machen als diese. So ziemlich alle Vorurtheile, die, um mit dem Verfasser zu reden, „heute noch ein großer Theil des Publikums, und zwar gerade derjenige Theil desselben, den man die „gebildete Klasse“ nennt, gegenüber dem Sozialismus hegt“, kommen zur Erörterung. Freilich kann dem Ver- fasser auch in den Erörterungen des amerikanischen Zensus ein statistisches Material zur Verfügung, wie wir es in Deutschland nicht haben, so daß er wirklich nur „in's volle Menschenleben zu greifen“ hatte, um das, was er behauptet oder folgert, an einem drastischen Beispiel zu veran- schaulichen.

Wäre die Schrift nicht speziell für Amerika berechnet, so könnten wir sie, wenn wir auch nicht gerade bis auf's Häufchen mit dem Verfasser einverstanden sind, mit gutem Gewissen auch zur Agitation für Deutsch- land empfehlen. Dazu ist sie nun freilich weniger geeignet, lehrsamwerth ist sie aber auf jeden Fall.

Als Probe lassen wir eine Stelle aus dem Schriftchen selbst folgen, welche wir, wie oben ersichtlich, ein kleines Rechenexempel taut. Der Verfasser läßt den Sozialisten von dem Reporter einer amerikanischen Zeitung „interviewen“, d. h. über das ausfragen, was die sozialistische Partei „eigentlich beabsichtigt, welche Ziele sie anstrebt und auf welchen Wegen sie diese Ziele zu erreichen gedenkt.“ Im Verlauf dieses Gesprächs, das der Sozialist ganz richtig damit beginnt, daß er durch entsprechende Fragen den Reporter veranlaßt, die heutige Produktionsweise selbst zu schildern, kommen sie nun zu nachstehenden Auseinandersetzungen.

Reporter: ... Sie haben mir schon im Anfang unserer Unter- redung gesagt, daß die Sozialisten die Großproduktion auf allen



Berlin, 26. November.

Die Fraktion hat eine Kommission von sieben Mitgliedern niedergelegt, welche ein erweitertes Arbeitergesetz (umfassend alle brennenden Forderungen auf dem Gebiete der Arbeitergesetzgebung) ausarbeiten soll.

An die Vertrauensleute und unser Leser.

Wir ersuchen nochmals dringend, aus allen Wahlkreisen die bei der Reichstagswahl erschienenen

Wahlaufrufe aller Parteien

uns zuzenden zu wollen. Als Adresse genügt: Volksbuchhandlung Hottingen-Zürich.

Die Archivverwaltung.

Sprechsaal.

In Nr. 46 des „Sozialdemokrat“ — unter „Bayerische Justiz“ — vermissen Sie den Namen des Biedermannes, der seine Mißbestanden damit verbindet, die ihm als Exediteur anvertrauten Kollis zu öffnen und zu best-lehern.

Der Kaufmann und Exediteur Ferd. Hauger in Offenburg (Baden) fungierte im Prozeß Ged und Genossen so zu sagen als freiwilliger Kronzeuge. Obgleich seiner bekannten politischen Gesinnung nach außer Verdacht jeglicher Mißthätigkeit, gab er dem Staatsanwalt die Zusicherung, der Untersuchung möglichst an die Hand zu gehen.

Ein Politiker, der solche Leistungen vermag, ist der Erwähnung als solcher nicht werth, ein Geschäftsmann aber und Exediteur, der die ihm anvertrauten Kollis z. c. gemeinsam mit seinen beiden Kommiss erbricht, seine geschäftliche Niedertracht also auch seinen Untergebenen bedrängt, vor dem muß die gesammte Geschäftswelt gewarnt werden.

Wir fordern also unsere Genossen und Freunde, besonders diejenigen, die im Handelsstande Verbindungen haben, auf, dieser Mißthätigkeit weite Verbreitung zu geben, und rathen, Einzelabzüge zur Verfügung zu stellen.

Warnung vor dem Kaufmann und Exediteur Ferd. Hauger in Offenburg (Baden). Die rote Behme.

Briefkasten

der Expedition: G. Scheele, Reibourne: Ab 1. Okt. geliefert am 24. 11. Preis M. 2 — pr. Quartal bei vierteljährlicher Sendung. Zahlung erwarnt durch Sch. D. Graf und Bild! — Stuttgart: M. 32 40 Ab. 4. Du. und M. 2 60 f. Schft. erh. Adv. u. Billig notirt. — Feuerblume: Bf. v. 24. am 26/11. erh. u. beants. — E. Horn: M. 28 35 Abon. 4. Du. u. Porto erh. Billig. x. nach Wunsch notirt und fort. — Rother Hahn J.: M. 9 50 Ab. Okt. u. a. Cto., M. 2 — Schft. u. M. 3 50 pr. Hft. dtd. erh. Weiteres nach Wunsch. — Rem-Jork: Fr. 202 55 (40 Doll.) vom Wahlverein der Schlichter f. d. schles. Wahlen dtd. erh. u. weiterbeforgt. — Blume: M. 3 — Abon. 4. Du. erh. Ertrag fort. Ein 5 Stunden langes Protokoll wegen einem Briefabonnement! Lieber Gott, gib Sonnenchein — in solch gelehrtes Haus hinein! — Rova: Beide Bfe. erh. Alles besorgt. — Landesauskunft Jülich: Fr. 102 10 pr. Wsd. lt. Spezialist. „Arbitr.“ Nr. 47 dtd. erh. — 7/9 27: dwtl. 12 — erh. Näheres Hf. erwartend. — G. H. Bbg.: M. 4 30 Ab. 4. Du. erh. — Jhaasohn: Alles dtd. erh. u. besorgt. — Holgole: Fr. 96 20 (5 Doll.) von der Textilmorfer-Progressiv-Union und Doll. 14 25 v. d. Sojd. Sektion Holgole, abzüglich 25 Ct. Porto, auf 19 Doll.) pr. Wsd. dtd. erh. — Bf. B.: M. 4 20 f. Schft. erh. Sdg. mit 47 fort. — G. Sch. i. Bth.: Fr. 2 — Ab. 4. Du. erh. — Lustige Bruder l. Ctsch.: Fr. 26 70 Ab. 4. Du. erh. — J. Str. Bn.: 50 Cts. für Extrabl. erh. Sdg. fort. — D. J. Prato: Fr. 2 50 Ab. 4. Du. erh. — R. Haff. Jh.: Fr. 2 — Ab. 4. Du. erh. — B. Gsr. Mtr.: M. 10 — Ab. 4. Du. u. Schft. erh. Sdg. pr. Sprech abgeg. — O. Kp. Bst.: M. 3 — Ab. 4. Du. erh. — Gent: Fr. 60 — pr. Wsd. v. d. Gent. Genossen dtd. erh. — E. B. B. Gent: Fr. 4 35 Abon. 4. Du. „Sourit“ und Schft. erh. — Ernst Thrum in Batterlon R. J.: (5 Doll.) Fr. 25 30 pr. Wsd. dtd. erh. — B. R. Briles: Ertrag abgef. am 24/11. Versand erfolgt regelmäßig. — D. S. Def.: Fr. 4 67 Ab. 4. Du. u. Schft. erh. Der Postbote, der Ihr Blatt zeitweilig ergattert, fungirt in Kassel als freiwilliger Schlichter der Polizeidirektion, auf dem Postbureau Nr. 28 Krosent zeichnend. — Dem Ranne kann geholfen werden. — Schweden: M. 15 — (14 Kronen) von unseren Vorposten im hohen Norden pr. Wsd. dtd. erh. — Fuchs: M. 400 — a. Cto. Ab. x. erh. Bf. Weiteres — Cincinnati: Fr. 122 75, Kollekte des Hermann-Rännerchors mit Symphonieausdruck und Glückwunsch f. d. deutsche Eidmtr. pr. Wsd. dtd. erh. — A. W. B.: Fr. 2 50 Ab. 4. Du. erh. Bf. mehr. — D. S. Dkt.: M. 3 — Ab. 4. Du. erh. Gewünschtes Bild längst vergriffen. — B. B. Strhu.: 60 Pf. f. Extrabl. erh. — W. Adf. B.: Das „wahre Ratterbild“ ist der notorisch besten existierenden Frank. Originalausnahme Kopie. — G. Sch. Ulm.: M. 1 — Ab. 4. Du. und M. 1 — pr. Hft. dtd. erh. — J. St. Hottingen: Fr. 1 — pr. Wsd. dtd. erh. Blutroth: M. 2 40 f. Schft. erh. Adv. notirt. Kbg. hier künftg. Donzig. Bilds. Marx' „Kapital“ nicht verboten, durch Diez's Buchhandlung billigt zu haben. Erkundigung taktischer Regel der Feldpost. — Rother Hans: Signal v. 25/11. am 26. hier. — Ferd.: Bf. an R. erh. — Pidelhaube: Doll. 30 — a. Cto. erh. Billig. folgt. L. Biographie war nicht bestellt. — Hallunke: Bf. v. 25. erh. St. benachrichtigt. Scheint Kaufgeboort nicht kaufser. —

Der Cigarettenmacher Adolf Herold aus Leipzig wird aufgefordert, seinem Vater sofort seine Adresse zukommen zu lassen.

Sozialistische Arbeiterpartei. Sektion Philadelphia. Unser Kulturbüreau befindet sich: 1 25] Callowhill Street 325 in F. W. Frische's Lokal.

Sozialistische Arbeiterpartei Amerika. Sektion New-York. Sitzung des Zentralkomitees jeden Freitag Abends 8 Uhr in Lincoln Hall, Ede Allen und Houston Street.

Jeden Samstag finden Versammlungen statt. Näheres siehe New-Yorker Volkszeitung, besonders Freitag und Samstag.

Schweizerische Genossenschafts-Buchdruckerei Hottingen-Zürich.

Friedrich Zellermann.

Nachdem unter hiesiger Gefangenen das Fest eröffnet hatte, wurde die Festspreche gehalten und dann das in Heuilleton des Parteiorgans zum Abdruck gelangte Theaterstück „Die Geschwister“ aufgeführt. Hatte schon den ganzen Abend über gehobene Feststimmung geherrscht, so erreichte dieselbe ihren Höhepunkt durch die Ausführung des kleinen Theaterstücks, welches, fernig geschrieben und drastisch zur Ausführung gelangt, seinen Zweck, den Wahlkampf zu veranschaulichen, vollständig erfüllte.

Baben die Genossen hiennt ein kleines Stimmungsbild über den Einbruch ihrer erfolgreichen Thätigkeit bei den Deutschen in Paris, so will ich, da ich bei der Sache bin, auch einige Worte verlieren, wie die hiesige Bevölkerung resp. Presse, das Ergebnis der Wahlen aufnahm. Wie die hiesigen revolutionären Organe sich ausließen (streng sozialistische Organe gibt es in Paris selber nicht, wenn man nicht das „Proletariat“ als solches anerkennen will), hat der „Sozialdemokrat“ schon auszugswiese berichtet. Die ministeriellen Blätter schwiegen sich die ersten Tage aus, man merkte, wie peinlich es ihnen war, über die gewaltige Niederlage zu schreiben, welche die Bismarck'sche Gewaltpolitik erfahren hatte, obgleich sie vielleicht innerlich froh darüber waren.

Die unabhängigen republikanischen Organe, sowie die radikalen Blätter, begrüßten mit unvorholener Freude das mächtige Anwachsen des Sozialismus in Deutschland, darin auch die Gewähr erblickend für den dauernden Bestand der französischen Republik. Diese Blätter (dieselben einzeln aufzuführen würde zu weit führen) drängten wiederholt ausführliche Artikel, in welchen die liberalen Parteien in Deutschland arg mitgenommen wurden, und in welchen als die beste Gewähr des Friedens und der friedlichen Entwicklung in Frankreich der steigende Sozialismus in Deutschland dargestellt wurde.

Was nun die hiesigen französischen Parteigenossen anbetrifft, so hat das Resultat des Kampfes unserer deutschen Genossen einen tiefen Eindruck hervorgebracht und sie erkennen lassen, daß ihnen noch viel zu thun übrig bleibt, wenn nicht anders sie sich von den Verhältnissen überumpeln lassen wollen.

Die Erwerbsverhältnisse sind hier schlechter denn je und haben namentlich die hier lebenden Deutschen darunter zu leiden.

Am letzten Sonntag fand in Paris eine große Versammlung von Arbeitlosen statt, einberufen von Anarchisten. Die Redner überdrossen sich in Provokationen, ein gewisser Drouelle forderte die Anwesenden auf, sofort loszuschlagen, das Eigentum mit Füßen zu treten, die Läden zu plündern u. c. Als nach ihm der Sozialist Crepin vorüberstreichte, wurde er von den Anarchisten niedergeschrien. Dagegen wurde, nachdem noch mehrere Anarchisten gesprochen, eine von Drouelle eingebrachte Resolution angenommen, in welcher die Arbeiter zu Gemäßigten aufgefordert wurden, sowie eine Versammlung unter freiem Himmel verlangt wird. Die Versammlung trennte sich unter dem Gesang der Marseillaise und Carmagnole. Auf der Straße wurden von Seiten der sehr stark aufgetriebenen Polizei mehrfache Verhaftungen vorgenommen. Zum Plündern von Läden, wie es die Anarchisten empfohlen, kam es indes nicht.

In der Versammlung erklärte während der Reden Drouelle's und seiner Gesinnungsgenossen wiederholt der Ruf: „Nieder mit der Polizei!“ das heißt ein Theil der Versammelten traute dem Frieden nicht. Und in der That, nichts läme der ziemlich abgemäßigtesten Regierung des Herrn Ferry gelegener, als die Verantwortung zu einer kleinen Gesellschaftsretterei.

Man würde aber fehl gehen, wollte man die symptomatische Bedeutung dieser Versammlung unterschätzen. Ob die zum Plündern Auffordernden Polizeiantagen waren oder nicht; die überwiegende Mehrheit der Versammlung stimmte ihnen zu, und darin liegt das Hauptmoment. Es muß eine gewaltige Verberührung Platz gegriffen haben, wenn mehrere Tausend Menschen solchen Provokationen Beifall jellen. Und daß unter den Arbeitern Frankreichs große Erbitterung herrscht, zeigen die Vorgänge in Lyon, wo auch nur durch Aufgebot aller Polizeigewalt heftige Kautzstrafen verhindert wurden. Die drohenden Arbeiter wollen sich eben nicht mehr mit winzigen Almosen oder Scheinmaßregeln hinhalten lassen, und der Hunger kammert sich nicht um politische Rücksichten. So verwerflich es ist, die Massen zu sinnlosen Ausschreitungen zu provoziren, so reactionär ist es, die Sprache der Verzweiflung nicht verstehen zu wollen.

Schweiz. Auch in der hiesigen sozialistischen Arbeiterschaft — bei Schweizern wie Deutschen — haben die in Deutschland errungenen Wahlerfolge große Begeisterung erregt, welcher Begeisterung unsere Arbeiterpreise bereiten Ausdruck gab. Es steht zu hoffen, daß das treffliche Beispiel der wackeren Kämpfer in Deutschland nicht ohne Rückwirkung auf die hiesige Arbeiterbewegung bleiben wird; empfinden doch längst schon die energischeren Elemente der Sozialisten das Unwürdige und Trüben der Vormundschafft, welche die bürgerliche Demokratie, auf ihre früheren Verdienste gestützt, auf die Arbeiterbewegung der Schweiz bislang ausübt. Die Erfolge der Genossen in Deutschland leisten den Befürwortern eines selbständigen Vorgehens gehörigen Rückhalt.

Am 18. November feierte die Mitgliedschaft Zürich der deutschen Sozialdemokratie ein Siegesfest zu Ehren des glorieus geführten Wahlkampfes. Dasselbe war außerordentlich gut besucht, und die Stimmung den ganzen Abend über eine gehobene. Die Festspreche, welche die Bedeutung des Wahlsieges für den Emanzipationskampf der Arbeiterklasse beleuchtete, ebenso die verschiedenen, dem Charakter der Feier angepaßten Deklamationen und Gesangsbeiträge wurden mit großem Beifall aufgenommen. Dergleichen das zur Ausführung gelangte Festspiel „Die Geschwister“, welches die Leser bereits aus dem Heuilleton unseres Blattes kennen. Wir haben in Zürich seit Langem nicht ein so erhebendes Arbeiterfest gehabt wie dieses.

Amerika. (Warnung.) Aus New-York schreibt man uns: „Die Arbeitslosigkeit ist gegenwärtig sehr groß, dazu fortgesetzte Einwanderung und der Winter vor der Thür — was das heißt, weiß jeder Arbeiter.“

Man schätzt die Zahl der Arbeitslosen auf siebenzig bis achtzig Tausend, und diejenigen, die Arbeit haben, müssen oft ausweichen. Sozial in Ihrer Nacht liegt, sollten Sie daher vor Einwanderung warnen!

Gegenüber einem Bericht, der durch die deutsche Presse die Kunde macht, möchten wir doch konstatiren, daß der Festsprecher nicht die Gesinnungslosigkeit bezeugt, die deutschen Sozialisten ausdrücklich zu verwarren, daß sie keine Anarchisten seien. Er hat nicht einmal das Wort Anarchisten gebraucht. Wohl aber hat er die deutschen Genossen dagegen verwahrt, daß Festsprecher es sei, welche sie veranlassen, auf die Provokationen der Dynamitverbreiter nicht zu reagieren.

Korrespondenzen.

Rönigsberg, 15. November. Die Reichstagskampagne ist vorüber; Genosse Goba u ist in der Stichwahl nicht durchgedrungen, aber trotzdem können wir ausruhen: Wir haben gestiegt! Wir sind hier eine Macht geworden, mit der die Gegner rechnen mußten, und der sie nach drei Jahren erliegen werden. Der Kampf war ein erbitterter. Wir kämpften, wie wir es gewohnt sind, mit offenem Bist, setzten in Versammlungen und Flugblättern unsere Ansichten auseinander und fordereten die Gegner auf, sie zu widerlegen wenn sie es könnten. Aber dazu fand sich Keiner. In ihren Zeitungen aber schrieben sie Gemeinheiten, eine nach der anderen, über uns. Die „freisinnige“ „Rönigs-

berger Hartung'sche Zeitung“, an deren Spitze der gewählte Wähler steht, lobte die Entlassung von Arbeitern, die sich „sozialistische Wählerkreise“ hatte zu Schulden kommen lassen; die „Ag. Allg. Jg.“ dieses Löhnpapierblatt, das eigentlich gar nicht werth ist, im Parteiorgan genannt zu werden, hatte sich Artikel aus Berlin verschrieben, in denen wir in bekannter Weise begeistert wurden. Es muß Jedem ansehn, der das Treiben dieser „anständigen“ Leute beobachten konnte.

Wir hatten nichts als unsere Versammlungen, die bei dem ersten scharfen Wörtchen aufgelöst wurden, und unsere Flugblätter, und trotzdem, welche Erfolge! Der „freisinnige“ Wähler bekam 9024, der Kandidat der „Reinen“ aber brutalen Partei der hiesigen Sozialdemokraten“, wie wir von den Segnern genannt wurden, 8436 Stimmen! Nur wir stehen uns hier am besten. Die Stimmen der „freisinnigen“ haben haben seit 1881, auch noch bei der Stichwahl, um 4000 abgenommen, der Zuwachs der Konservativen ist gar nicht zu vergleichen mit dem unseren, auch wenn wir nur unsere besten Kräfte in Betracht ziehen. Und dabei darf man nicht vergessen, daß die „freisinnigen“, was ihrer ganz würdig ist, sich die gemeinsten Wahlbeeinflussungen zu Schulden kommen ließen. Wir werden dagegen natürlich Protest erheben, im Nebenrigen aber nach Zusammenstellung der Thatfachen im Parteiorgan berichten und die elenden Hallunken an den Schandpfahl nageln.

Das Schicksal der Stadt der „reinen Bernauer“, der Stadt Jacoby's, ist entschieden: nach drei Jahren wird sie den einzig ihrer würdigen Vertreter in den Reichstag schicken, nämlich einen Sozialdemokraten!

Auf Genossen, an's Werk! Der Sieg bei der diesmaligen Wahl gehört uns! Der Sieg nach drei Jahren wird noch glänzender sein!

P. - a.

Potsdam, 14. November. Wir haben in unserem Kreise, Potsdam-Dönhavelland, 250 Stimmen für unseren Genossen Hasencleer abgegeben. Das Resultat ist im Verhältnis zu anderen Kreisen allerdings kläglich zu nennen, wir haben jedoch das Bewußtsein, unsere Schuldigkeit in vollem Maße gethan zu haben, und können es nur dem Indifferentismus der Arbeiter, den wir ja auch noch besiegen werden, zuschreiben, wenn wir nicht mehr erzielen. Hoffentlich wird das selbstbewusste und geschlossene Vorgehen der Arbeiter im übrigen Deutschland auch in unserem Kreise die Genossen zu erneuter Thätigkeit aufmuntern, und dann werden auch wir bei den nächsten Wahlen ein besseres Resultat zu verzeichnen haben.

Pforzheim. Mit unserem Wahlerfolg hier sind wir ziemlich zufrieden, wir vereinigten uns unseren Kandidaten Bloß 1338 Stimmen; vor 3 Jahren hatten wir nur 470. Von unseren Zettelträgern wurde einer verhaftet, aber alsbald wieder entlassen; die ihnen abgenommenen Flugblätter wurden aber bis jetzt noch nicht wieder herausgegeben.

Baden-Baden. Ueber die Reichstagswahl sehen auch wir uns veranlaßt, einen kleinen Bericht zu bringen.

Es war für unseren Wahlkreis keine Kleinigkeit, einen eigenen Kandidaten aufzustellen. Wir hatten nun mehrere Zusammenkünfte, auf welchen man sich indeß dahin einigte, dem Kongreßbeischluß entsprechend einen Lokalkandidaten aufzustellen. Als solchen fanden wir am geeignetsten den Genossen Adolf Ged in Offenburg, welcher auch bereitwillig die Kandidatur annahm. Jeden Tage vor der Wahl verbreiteten wir ein Flugblatt, das die löbliche Spitzelgarde indeß, so gut sie eben konnte, hinterher wieder einammelte. Und kurz darauf hat sich die Staatsanwaltschaft von Karlsruhe veranlaßt gesehen, dasselbe zu verbieten. Die Polizei ging sogar soweit, einen Genossen, der bei der Verbreitung erwischt wurde, von Nachmittags 4 Uhr bis Abends 10 Uhr einzusperrten. Einen Anderen, der gar keine Flugblätter verbreitet hatte, nahm die Polizei einfach von der Straße weg und durchschnüffelte ihn vom Kopf bis zu den Fehen. Ersterer hatte obendrein Tags darauf Hausarrest, natürlich wie immer ohne Erfolg.

Es sind auch sonst noch verschiedene Ungehelichkeiten seitens der Behörden verübt worden, so z. B. beim Stimmzettelvertheilen in einigen Ortshäusern; wir wollen aber, um den Raum nicht allzusehr in Anspruch zu nehmen, hier nicht weiter darauf eingehen, da wir überhaupt das ganze Material durch einen unserer Abgeordneten dem Reichstag vorlegen werden.

Erwähnt sei nur noch, daß wir drei glänzende Versammlungen hatten, nämlich in Kuppenheim, Gaggenau und hier. Alle drei waren bis zum Erdrücken gefüllt, und unser Kandidat verstand es, durch seine ausgezeichnete Vortragweise nicht nur die Massen zu fesseln, sondern auch den Segnern Respekt einzufloßen. Ja, könnten wir mehrere solche Versammlungen haben, es würde bald ein anderer Geist unter den hiesigen Arbeitern herrschen.

Zum Schluß sei noch kurz das Stimmverhältnis von der früheren und der jetzigen Wahl erwähnt. Vor 3 Jahren erhielten wir im Ganzen 33 Stimmen und diesmal 596. Wir sind der Meinung, daß wir für den Anfang zufrieden sein können.

- o -

Newhaven (Connecticut), 2. November. Der Sozialdemokratie Deutschlands im Allgemeinen und meinen ehemaligen Genossen insbesondere meinen herzlichsten Glückwunsch zu Ihren großartigen Erfolgen bei der letzten Reichstagswahl. Unsere hiesige Exekutive hatte alle Sectionen benachrichtigt, daß sie am Abend nach der Wahl ihnen das Resultat desprechten werde. Demgemäß hatten auch wir uns versammelt und warteten in siederhafter Spannung der Dinge, die da kommen sollten. Endlich gegen 11 Uhr Nachts erschien der schnellst erwartete Telegrammbote. Die bisherige Unruhe wich einer plötzlichen Stille, der Parteitag öffnete die Depesche und eine Anzahl von Einlagen kam zum Vorschein. Jetzt ging's an's Lesen. Erst kamen alle die Kreise, worin bereits gefest war, dann jene, in denen der Sieg wahrscheinlich, aber bei Abgang der Depesche noch nicht sicher bekannt, und endlich eine lange Liste von Stichwahlen. Bei jedem einzelnen Resultat brach ein nicht enden wollender Jubel aus, so daß das nachfolgende oft kaum zu verstehen war, worauf dann, als sich der laute Enthusiasmus etwas gelegt hatte, das Ganze nochmals verlesen wurde.

Das Resultat lautete also: 7 bestimmt gewählt, 4 wahrscheinlich und in 22 Kreisen Stichwahlen.

Wahrlich, dies hatte denn doch unsere kühnsten Erwartungen übertraffen. Daß drüben etwas los sei, hatten wir uns schon gedacht, denn das Erste, was diesmal der Kabelelung von der ganzen Wahl herüberdepeßirte, war die Wahl des Sozialisten Singer in Berlin, während er voriges Mal gar nichts über sozialistische Wahlen, resp. Siege zu sabeln hatte. Am letzten Freitag war sogar eine Depesche da, welche 14 Sozialisten als gewählt berichtete. Nun immerhin, wie viele sicher gewählt sind oder noch werden, darüber werden uns die Postnachrichten schon unterrichten. Die Sozialisten haben einen kolossalen Sieg errungen, darüber ist kein Zweifel mehr.

Wie tief ist doch das deutsche Proletariat, resp. Spießbürgertum „gesunken“, so etwas zu thun, angesichts der vielen Warnungen, welche General Bumbum so oft freiwillig erteilt hat; es ist wirklich rettungslos verloren! Doch da getheilte Schmerz nur halber Schmerz ist, so mögen sie sich mit uns trösten, denn der Gewaltige ist mit uns ebenfalls höchst unzufrieden, da auch hier meistens das Gegenheil von dem gethan wird, was er anbefiehlt.

Natürlich resultirt dies Alles aus purer Verstocktheit, weshalb er eine Generalordre erlassen hat an alle „Gruppen“, die „New Yorker Volkszeitung“ zu boycotten, denn diese ist nach seiner Ansicht das Hauptmittel, womit den Arbeitern das Gehirn verkleistert wird. Die „New Yorker Volkszeitung“ hat den zweitgrößten Leserkreis von allen deutschen Zeitungen hier im Lande, aber sie zu Grunde zu richten, ist nur eine Kleinigkeit für General Bumbum. Etwas wie einen Vorstand kennt seine Organisation nicht: jeder ist unbedingter Souverän, nur mit der kleinen Ausnahme, daß die Befehle des Generals par ordre du moufti auszuführen sind; dies ist doch gewiß wenig. So hat denn auch die hiesige „Gruppe“, den Gefühlen ihres Vorgesetzten folgend, bereits das Boycott-Verfahren gegen die „New Yorker Volkszeitung“ eingeführt, und wie ich gehört habe, mit großem Erfolge.

Wie dies nun Alles noch enden wird, kann ich nicht sagen, denn ich muß leider zu meiner Schande gestehen, daß ich auch zu den Verküsteren gehöre, die an der Sozialistischen Arbeiterpartei festhalten; sollte sich indeß auf diesem Gebiete etwas Wichtiges ereignen, so werde ich nicht unterlassen, es meinen deutschen Genossen mitzutheilen.

Mit sozialdemokratischem Grusse! Friedrich Zellermann.